

NIEDERSCHRIFT

*über die öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Kreistages
am 20.12.2010 im großen Sitzungssaal der Kreisverwaltung Bad Kreuznach*

Vorsitzender: Landrat **D i e l**

Schriftführer: Herr **Reuß**

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Ende der Sitzung: 18.50 Uhr

Anwesend waren:

CDU-Fraktion

Anheuser, Helmut (ab TOP 3 teilweise)
Anheuser, Peter
Bruckner, Heike
Ebbeke, Rolf
Günster, Jürgen
Hippert, Ralf
Jost, Franz-Josef
Kehl, Rolf
Lorsbach, Alfons
Ludwig-Schäfer, Iris
Lüttger, Markus
Mecking, Egon
Schick, Achim
Schmidt, Adelheid
Schöffel, Achim
Wilhelm, Ludwig

SPD-Fraktion

Denker, Anke
Dröscher, Peter Wilhelm (bis TOP 7 teilweise)
Ginz, Wolfgang
Greiner, Michael
Harke, Matthias (bis TOP 1 nö.)
Kron, Dietmar
Müller, Marianne
Müller, Werner (ab TOP 3 teilweise / bis TOP 8 teilweise)
Pörksen, Carsten
Schaller, Michael
Schöffling, Volker
Dr. Vesper, Michael (ab TOP 4 teilweise)

FDP-Fraktion

Bursian, Thomas
Ensminger, Frank (ab TOP 3 teilweise / bis TOP 7 teilweise)
Morsblech, Nicole
Schauß, Elmar
Schütt, Max (siehe auch 2. Beigeordneter)

Fraktion GRÜNE

Huppert-Pilarski, Gerlinde (siehe auch 3. Beigeordnete)
Nuphaus, Ludger
Römer, Kurt (ab TOP 3 teilweise)
Spindler, Hans-Walter

FWG-Fraktion

Bott, Roland (ab TOP 3 teilweise)
Weitzel, Günter
Zimmer, Wolfgang

Fraktion „DIE LINKE“

Dhonau, Rainer
Kaufmann, Timo

Entschuldigt fehlten:

Dickes, Bettina
Klöckner, Julia
Schneider, Alfons
Bohn, Werner
Frey, Peter
Hassel, Martina
Wagner, Fritz
Michel, Peter

Von der Verwaltung nahmen teil:

1. Kreisbeigeordneter **Nies**, Hans-Dirk
 2. Kreisbeigeordneter **Schütt**, Max
 3. Kreisbeigeordnete **Huppert-Pilarski**, Gerlinde
 Regierungsdirektorin **Zachau**
 Herr **Skär** (Hauptamt)
 Frau **Jung** (Hauptamt)
 Frau **Nagel** (Hauptamt)
 Herr **Korda** (Hauptamt)
 Frau **Lenz** (Personalrat)
 Frau **Münzenberg** (Rechtsamt)
 Herr **Riegert** (Rechtsamt)
 Herr **Goergen** (Amt für Sicherheit, Ordnung und Verkehr)
 Herr **Rothmann** (Sozialamt)
 Herr **Dick** (Kreisjugendamt)
 Herr **Domann** (Kreisjugendamt)

Frau Berndt	(Kreisjugendamt)
Frau Lietze	(Kreisjugendamt)
Herr Bergs	(Bauamt)
Herr Liesenfeld	(Bauamt)
Herr Dr. Lichteberg	(Gesundheitsamt)
Herr Vollmer	(Amt für Umweltschutz und Veterinärwesen)
Herr Ryschawy	(Kämmereiamt)
Herr Ost	(Kämmereiamt)
Herr Franke	(Abfallwirtschaftsbetrieb)
Herr Jost	(Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt)
Herr Schlosser	(zu den Tagesordnungspunkten 3 – 7)

Gelöscht: 1

Sonstige:

Herr Eckes, ARGE Bad Kreuznach
 Herr Auner-Fellenzer, KST Nahe Treuhand GmbH Bad Kreuznach
 Vertreter der örtlichen Presse

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden zu der heutigen Kreistagssitzung.

Landrat Diel eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass mit Schreiben vom 07.12.2010 form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Des Weiteren soll die Tagesordnung um folgende Punkte ergänzt werden:

TOP neu **Verabschiedung einer Resolution der SPD-Kreistagsfraktion vom 13.12.2010, eingegangen am 14.12.2010; Der Kreistag fordert die Firma Delphi auf, die Verlagerungspläne bezüglich der Produktion auch aus dem Werk Langenlonsheim nach Mexiko nicht weiter zu verfolgen.**

TOP neu **Auftragsvergaben**

Die entsprechende Beschlussvorlagen wurde den Mitgliedern des Kreistages mit Schreiben vom 14.12.2010 übersandt.

Der Kreistag stimmt einvernehmlich der Tagesordnungsergänzung zu.

Im Folgenden gibt der Landrat den Mitgliedern Gelegenheit Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge bzw. sonstige Wünsche oder Anfragen bezüglich der Tagesordnung vorzubringen. Es liegen jedoch keine Wortmeldungen vor.

Der Kreistag erhebt keine Einwände gegen die mit Schreiben vom 07.12.2010 mitgeteilte Tagesordnung, einschließlich der o. g. Änderungen.

TAGESORDNUNG:**I. Öffentliche Sitzung**

1. Einwohnerfragestunde
2. Anfragen
3. Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Bad Kreuznach für das Wirtschaftsjahr 2009 und die Verwendung des Jahresgewinns 2009
4.
 - a) Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes für das Jahr 2011
 - b) Beratung und Beschlussfassung über die Gebührenkalkulation und ggf. über die Gebührensatzung des Abfallwirtschaftsbetriebes für das Jahr 2011
5. Konzeption zum Einkauf präventiver pädagogischer Unterstützung für den Allgemeinen Sozialen Dienst des Kreisjugendamtes
6. Beteiligungsbericht für den Landkreis Bad Kreuznach gemäß § 90 Abs. 2 GemO i.V.m. § 57 LKO
7. Beratung und Beschlussfassung über den Erlass der Haushaltssatzung des Landkreises Bad Kreuznach für das Haushaltsjahr 2011 mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen, Investitionsprogramm für die Jahre bis 2014
8. Entscheidung über die Trägervereinbarung zu Bildung und Betrieb der gemeinsamen Einrichtung Jobcenter Bad Kreuznach
9. neu Verabschiedung einer Resolution der SPD-Kreistagsfraktion vom 13.12.2010, eingegangen am 14.12.2010; Verlagerungspläne bezüglich der Produktion der Firma Delphi in Langenlonsheim
- 10 neu Öffentliche Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen

II. Nichtöffentliche Sitzung

1. Personalangelegenheit
2. neu Auftragsvergaben

I. Öffentliche Sitzung**TOP 1 Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Einwohneranfragen vor.

TOP 2 Anfragen

2.1 Beantwortung der in der Sitzung des Kreistages am 06.12.2010 gestellten Anfragen des Herrn Peter Anheuser, CDU – Kreistagsfraktion: Hochwasserschutz

Herr Nies erläutert die von Herrn Peter Anheuser in der Sitzung des Kreistages am 06.12.2010 gestellten Anfragen. Die Beantwortung wird dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

2.2 Anfrage des Herrn Schöffling, SPD – Kreistagsfraktion: Online-Terminvergabe bei der Kraftfahrzeugzulassungsstelle des Landkreises

Herr Schöffling erinnert an die von ihm gestellte Anfrage in der Kreistagssitzung am 06.12.2010 zu der o. g. Thematik.

Er möchte von der Verwaltung wissen, welche neuen Erkenntnisse es in Bezug auf ein Online-Zulassungsverfahren gibt.

Landrat Diel informiert, dass sich die Verwaltung diesem Thema angenommen hat. Weitere Aussagen könne er zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht treffen.

2.3 Anfrage des Herrn Kaufmann, Kreistagsfraktion DIE LINKE: Bildungsgänge an der Berufsbildenden Schule TGHS Bad Kreuznach

Herr Kaufmann fragt nach den Verhandlungen der Anträge betreffend der Bildungsgänge für die Berufsbildenden Schule TGHS in Bad Kreuznach.

Der Vorsitzende erinnert, dass die Schulleiter der Berufsbildenden Schulen des Landkreises in der gemeinsamen Sitzung des Kreisausschusses und Schulträgerausschusses am 27.09.2010 die gewünschten Bildungsgänge ausführlich dargestellt haben. Sowohl im Kreisausschuss, als auch im Kreistag sei bereits beschlossen worden, dass die Anträge zunächst einmal zurückgestellt werden. Zusätzlich soll diese Thematik in den Sitzungen des Schulträgerausschusses am 19.01.2011, des Kreisausschusses am 31.01.2011 und des Kreistages am 21.03.2011 erneut aufgenommen werden.

TOP 3 Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Bad Kreuznach für das Wirtschaftsjahr 2009 und die Verwendung des Jahresgewinns 2009

Der Landrat begrüßt einleitend zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Auner-Fellenzer von der KST Nahe Treuhand GmbH Bad Kreuznach.

Wortmeldung des Herrn Ginz, SPD-Kreistagsfraktion:

Herr Ginz stellt dar, dass die SPD-Fraktion der Beschlussvorlage nicht zustimmen wird.

Er beantragt, den Jahresgewinn in Höhe von 688.479,35 € der allgemeinen Rücklage zuzuführen, wie es die Verwaltung und der Wirtschaftsprüfer vorgeschlagen haben.

Weiter schlägt er vor, über die Gewinnverwendung und die Feststellung des Jahresergebnisses getrennt abzustimmen.

Herr Auner-Fellenzer erläutert anhand von Folien die versandte Beschlussvorlage.

Wortmeldung des Herrn Peter Anheuser, CDU-Kreistagsfraktion:

Auf Anfrage des Herrn Anheuser, der darum gebeten hat, eine Gegenüberstellung zu fertigen, in der der Plan 2010 und das Ist 2010 verglichen werden, führt Herr Auner-Fellenzer aus, dass die Planansätze für das Jahr 2009 im Rahmen der Jahresabschlussprüfung geprüft werden. Hierfür werde das Ist mit dem Plan 2009 verglichen. Der Plan für das Jahr 2010 interessiere bei der Jahresabschlussprüfung 2009 nur insoweit, dass dieser pünktlich auf den Weg gebracht wird.

Wortmeldung des Herrn Schütt, FDP-Kreistagsfraktion:

Aufgrund der Nachfrage des Herrn Schütt erläutert Herr Auner-Fellenzer, dass gebildete Rückstellungen erneut kontrolliert werden. Die Kreistagsmitglieder müssten sich allerdings im Klaren sein, dass der Abfall bereits verfüllt und auch bei den Bürgern abgerechnet wurde. Das Ergebnis der neuen Kalkulation sei davon unabhängig, da von den Bürgern keine Kosten nachverlangt werden können. Die Überprüfung der Grundgutachten soll insoweit Gewissheit geben, ob die bisherige Rückstellung in ausreichendem Maß bemessen wurde.

Des Weiteren schildert er, dass die KST Nahe Treuhand GmbH Bad Kreuznach für die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens verantwortlich sei. Die Kalkulation wird durch das Kommunalabgabengesetz vorgeschrieben. Grundsätzlich sei die Kalkulation jedoch nicht deckungsgleich mit dem Jahresabschluss, da die Kalkulation im Vorfeld erstellt wird und nur zum Vergleich mit dem Jahresabschluss dient. Im Kommunalabgabengesetz Rheinland-Pfalz sei geregelt, welchen Gewinn der Gesetzgeber zugesteht. Verzichtet der Kreis auf den kompletten Gewinn, wird das Kapital nur nominal erhalten und es wird keine Verzinsung erwirtschaftet. Es mache Sinn, eine Eigenkapitalverzinsung zu erwirtschaften, um den Werteverzehr des Geldes zu erhalten und damit den Wert des eingesetzten Kapitals im Zeitablauf zu gewährleisten. Es sollte nicht gänzlich darauf verzichtet werden, sondern der Mindestgewinn erwirtschaftet werden. Der Mindestgewinn, der vom Kreis erwirtschaftet werden musste, sei durch den entstandenen Jahresgewinn überdeckt. Dem Kreistag stehe im Rahmen der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens frei, ob ein überschüssiger Betrag in den kommenden Jahren für die Gebührenkalkulation eingesetzt wird. Dies sei keine Gewinnverwendung, es würde eine Gebührenkalkulation unter Berücksichtigung vergangener Überschüsse erstellt werden.

Wortmeldung des Herrn Schaller, SPD-Kreistagsfraktion:

Herr Schaller möchte wissen, ob sich das neue Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) auf die Berechnung der Rückstellungen auswirkt. Weiter erfragt er die Ansicht des Herrn Auner-Fellenzer bezüglich der Situation der Eigenkapitalquote.

Herr Auner-Fellenzer erläutert, dass das BilMoG eine Auswirkung auf die Berechnung der Rückstellungen haben wird. Bevor diese Berechnung aufgrund einer historischen Grundlage erstellt wird, sei es empfehlenswert, die Grundkosten der Deponien erneut zu überprüfen. Derzeit müssten nach dem Handelsrecht die heutigen Geldwerte angegeben werden. Bei dem BilMoG müssen im Rahmen der Rückstellungsberechnung die zukünftigen Preissteigerungen berücksichtigt werden. Die Kostensteigerung müsse allerdings auf den heutigen Barwert abgezinst werden. Sollte die Kostensteigerung und der Abzinsungsfaktor den gleichen Wert haben, würde der Betrag gleich bleiben. Ob es jedoch hierzu kommt, könne, aufgrund der Zinsveränderungen, zurzeit noch nicht prognostiziert werden.

Aus Sicht des Herrn Auner-Fellenzer seien bei öffentlichen Unternehmen Eigenkapitalquoten von ca. 40% wünschenswert, der Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Bad Kreuznach liege bei ca. 20%.

Wortmeldung des Herrn Nuphaus, Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Nuphaus regt an, in Zukunft abschätzen zu lassen, welche Menge an Wertstoffen in den Deponiekörpern steckt, damit bei einer Steigerung der Rohstoffkosten eine ungefähre Anzahl vorliegt. Er führt aus, dass ihm bekannt sei, dass andere Gebietskörperschaften dies bereits umgesetzt haben, es sich bisher jedoch noch nicht gerechnet hätte. Aus seiner Sicht habe der Abfallwirtschaftsbetrieb genügend Personal um dieses Anliegen umzusetzen.

Herr Zimmer für die FWG, Herr Bursian und Herr Schauß für die FDP und Herr Schöffel für die CDU erklären, dass eine Gebührensenkung notwendig und richtig ist.

Herr Nies ist der Auffassung, dass die Gebühren nur gesenkt werden dürften, wenn diese Entscheidung über Jahre hinweg zu vertreten sei.

Der Landrat stellt den o. g. Antrag des Herrn Ginz zur Abstimmung:

Der Antrag wird **mehrheitlich** (mit 13 Ja-Stimmen, 29 Gegenstimmen) abgelehnt.

Der Kreistag beschließt **mehrheitlich** (mit 40 Ja-Stimmen und 2 Gegenstimmen) auf Empfehlung des Werkausschusses, den Jahresabschluss des AWB Bad Kreuznach für das Wirtschaftsjahr 2009 in der vorliegenden, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KST Nahe Treuhand GmbH, Bad Kreuznach, geprüften Fassung festzustellen und den Jahresgewinn des Wirtschaftsjahres 2009 in Höhe von 688.479,35 € dem Gewinnvortrag zuzuführen.

- TOP 4 a) Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes für das Jahr 2011
 b) Satzung des Landkreises Bad Kreuznach über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallentsorgung

Kreisbeigeordneter Nies übernimmt im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes das Wort und erläutert einleitend die Vorlagen.

Zu TOP 4 a) und 4 b) wurde ein Wortprotokoll erstellt und dem Abfallwirtschaftsbetrieb zugeleitet.

Wortmeldung des Herrn Ebbeke, CDU-Kreistagsfraktion:

Herr Ebbeke beantragt, jeweils den 1. Satz in der Begründung der Beschlussvorlagen der Tagesordnungspunkte 4 a) und b) zu streichen, da die Ausführungen, dass der Wirtschaftsplan des AWB nicht kostendeckend erstellt wird und die Gebühren für das Jahr 2011 nicht kostendeckend kalkuliert wurden, nicht richtig formuliert seien. Die weiteren Sätze sollen redaktionell angepasst werden.

Wortmeldung der Frau Ludwig-Schäfer, CDU-Kreistagsfraktion:

Frau Ludwig-Schäfer nimmt Bezug auf § 8 Abs. 1 Kommunalabgabengesetz, nach dem Abweichungen von den tatsächlichen Kosten innerhalb angemessener Zeit auszugleichen sind. Sie trägt die Auffassung, dass es ein guter Zeitpunkt sei, das angesammelte Geld der letzten Jahre auszuzahlen. Nach der Erstattung der zu hoch abgerechneten Gebühren würde in der Rücklage noch der Teil verbleiben, der der Eigenkapitalverzinsung entspreche. Dies müsse ausreichen, um Erlösschwankungen (wie z. B. bei Altpapier, bei Zinsen usw.) teilweise auszugleichen. Es sei jedoch wichtiger, dass der Abfallwirtschaftsbetrieb nachhaltige Kosten reduziert, um das zu beschließende Gebührenniveau halten zu können.

Der gestiegene Ansatz des Personals vom Ergebnis 2009 zum Ansatz 2011 sei für die CDU-Fraktion nicht verständlich. Die Deponien seien mittlerweile geschlossen und trotzdem steige der Personalaufwand. Die tatsächliche Stellenzahl im Wirtschaftsplan 2009 für das Jahr 2008 habe 36,7 Stellen bei noch vollem Betrieb der Deponie Meisenheim betragen und für das Jahr 2011 seien 37,6 Stellen vorgesehen. Im Kompostwerk seien bei voller Auslastung des Werkes 7 Stellen eingeplant worden, nun, bei geringerer Auslastung in der Bioabfallverarbeitung, werden 9 Stellen vorgehalten. Hierzu erwartet die Fraktion vom zuständigen Dezernenten ein Konzept bzw. eine Erklärung.

Ebenfalls sei die Stellenübersicht des Abfallwirtschaftsbetriebes nicht ganz korrekt. Es sei eine Beamtenstelle ausgewiesen, die im Stellenplan des Kreises für den Bereich des Abfallwirtschaftsbetriebes nicht vorgesehen wurde. Nach § 18 Abs. 1 Eigenbetriebsrecht seien die Beamtenstellen im Stellenplan des Kreises zu führen und nur nachrichtlich in der Stellenübersicht des Eigenbetriebes anzugeben. Es seien noch weitere Abweichungen vorhanden, was zu einer Differenz von bis zu 3 Stellen führe. Die Stellenübersicht des Abfallwirtschaftsbetriebes sollte dem entsprechen, was als Anlage zum Haushaltsplan beschlossen wird. Ebenfalls müsse dies auch für die Stellenvermerke beachtet werden.

Des Weiteren mahnt sie an, dass die Gefäßgebühren im Durchschnitt der privaten Haushalte mit 6,28%, das Gewerbe jedoch mit 6,39% und bei Deponieanlieferungen mit durchschnittliche Gebührenermäßigung von 6,63% berechnet werden. Sie möchte wissen, warum die privaten Haushalte benachteiligt werden.

Frau Ludwig-Schäfer schließt sich ihrem Vorredner an und begrüßt ebenfalls, den 1. Satz in der Begründung der Beschlussvorlage zu streichen.

Wortmeldung des Herrn Zimmer, FWG-Kreistagsfraktion:

Herr Zimmer führt aus, dass die FWG-Fraktion, wie bereits in den letzten Jahren, mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Abfallwirtschaftsbetriebes zufrieden sei. Auch er teilt die Ansicht, die Gebühren zu senken.

Bezug nehmend auf die Position Ferntransporte des Wirtschaftsplanes 2011 teilt er mit, dass der Ansatz gegenüber des Ist-Ergebnisses 2009 um 100.000 € reduziert wurde. Dies habe den Hintergrund, dass der frühere extern vergebene Transport in die Eigenregie der Kooperationspartner aus dem Rhein-Hunsrück-Kreis übergang. Weiter erläutert er, dass in den Landkreisen Cochem-Zell und Mainz-Bingen ab dem 01.01.2012 die Müllabfuhr nicht mehr an Private vergeben, sondern in eigener Regie die Abfuhrlogistik übernommen wird. So könnten im Interesse der Gebührenzahler Kosten eingespart werden. Diese Option sei allerdings von der Jamaika-Koalition abgelehnt worden. Aus Sicht des Herrn Zimmer müsse sich die Frage gestellt werden, ob nicht eine noch höhere Gebührenreduzierung realisiert werden kann. Ob die Gebührensenkung in den nächsten Jahren weitergeführt werden kann, könne nicht vorhergesagt werden, allerdings müsse darauf hingewiesen werden, dass es auch wieder zu einer Gebührensteigerung kommen kann.

Die FWG-Fraktion begrüßt, dass beim verstärkten Einsatz regenerativer Energien insbesondere die Biomassennutzung berücksichtigt bzw. ausgebaut werden soll.

Weiter bringt er zum Ausdruck, dass die Fraktion der vorliegenden Beschlussvorlage zustimmen wird.

Wortmeldung des Herrn Schauß, FDP-Kreistagsfraktion:

Auch Herr Schauß führt aus, dass die FDP-Fraktion der Gebührensenkung zustimmen wird. Ebenfalls teilt er die Ausführungen des Herrn Ebbeke, die Passagen „nicht kostendeckend“ in der Begründung der Beschlussvorlage zu streichen.

Anschließend nimmt er Bezug auf den Stellenplan des AWB für das Jahr 2010, dem zu entnehmen sei, dass 36,1 Stellen vorgesehen waren, tatsächlich jedoch nur 34,8 Stellen besetzt wurden. Aus diesem Grund könne er die Personalaufstockung um 1,45 Stellen nicht nachvollziehen. Zusätzlich sei im Jahr 2009 die Deponie in Meisenheim geschlossen worden, wodurch die Anzahl des Personales für die Unterhaltung der Deponie geringer werden müsste.

Des Weiteren erfragt er, warum am Altkörper in Meisenheim das Gas abgebrannt und nicht verwertet wird, um Energie daraus zu erzeugen. Es sollte geprüft werden, ob das Auffangen und Abtransportieren zum vorhandenen Motor effektiv sein könnte.

Ebenfalls empfindet er die Kosten für das Computer-Programm in Höhe von 32.000 €, welches im nächsten Jahr beschafft werden soll, zu hoch. Es sollte geprüft werden, ob dieses im angedachten Maß sinnvoll sei.

Aus Sicht des Herrn Schauß sollte betreffend Mülltrennung und Kompostierung vorausgeplant werden. Die geschlossenen Verträge seien teilweise nicht mehr zeitgemäß.

Wortmeldung des Herrn Ginz, SPD-Kreistagsfraktion:

Herr Ginz informiert darüber, dass die SPD-Fraktion dem Wirtschaftsplan entsprechend der Beschlussvorlage nicht zustimmen wird. Die Fraktion sei mit dem Wirtschaftsplan inklusive einer Gebührensenkung einverstanden, sofern der Plan 328.000 € Rücklagenentnahme beinhaltet. Hierbei würde es sich um den im letzten Jahr gefällten Beschluss handeln.

Herr Ginz bittet darum, bevor der Wirtschaftsplan zur Abstimmung gestellt wird, über die Gebührensenkung in Höhe von 328.000 € zu entscheiden.

Wortmeldung des Herrn Nuphaus, Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen teilt die Ansicht des Herrn Ebbecke. Weiter teilt Herr Nuphaus mit, dass sie der Gebührensenkung zustimmen werden, schließlich könnten, sofern bei der Überprüfung der Rückstellungen ein Problem auftauchen würde, die Gebühren im nächsten Haushaltsjahr wieder erhöht werden.

Herr Nuphaus regt an, die Erfassung von verpackungsgleichen Wertstoffen (Kunststoffe, Styropor usw., die keinen grünen Punkt tragen) über die gelbe Tonne zu ermöglichen. Andere Landkreise in Deutschland hätten die Abfallsatzung dementsprechend bereits angepasst und versuchen dies umzusetzen. Dies führe zusätzlich zu einer Entlastung der Wertstoffhöfe und der grauen Tonne.

Herr Nies kündigt bereits jetzt an, dass er sich nicht in der Lage sieht, alle, in der heutigen Sitzung gestellte Fragen, zu beantworten. Er sagt zu, noch offene Fragen in der nächsten Sitzung des Werkausschusses zu klären.

Wortmeldung des Herrn Spindler, Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Spindler erinnert sich, dass für die Deponie in Langenlonsheim eine Photovoltaikanlage vorgesehen sei. Er nimmt Bezug auf Seite 17 des Wirtschaftsplanes, auf der es um die Sanierung der Deponie Langenlonsheim geht. Aus seiner Sicht seien die geplanten Kosten für den Bau einer solchen Anlage nicht ausreichend. Er schlägt vor, die Errichtung einer Photovoltaikanlage in den Betrag einzurechnen.

Weiter merkt er an, dass die Fläche der Mülldeponie und der Umgebung als Windvorrangfläche ausgewiesen sei. Aus seiner Sicht sollte überlegt werden, was auf dieser Fläche umgesetzt werden kann, um Geld einzunehmen.

Herr Nies informiert, dass erst einmal mit der Sanierung in der Deponie in Langenlonsheim begonnen wird. In den nächsten Jahren würde sich ergeben, ob aus betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten auch dort eine Photovoltaikanlage betrieben werden kann. Der Vorschlag sei dem Planer als Anregung weitergegeben worden. Es sei jedoch noch ungewiss, wie sich dieser Körper in den kommenden Jahren entwickelt.

zu Punkt a)

Auf Anfrage des Herrn Ebbeke teilt Herr Nies mit, dass der 1. Satz in der Begründung der Beschlussvorlage gestrichen werden soll.

Gemäß Empfehlungsbeschluss des Werkausschusses stellt der Kreistag den Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Bad Kreuznach für das Wirtschaftsjahr 2011 in der der Beschlussvorlage beigefügten Fassung **mehrheitlich** (mit 29 Ja-Stimmen und 14 Gegenstimmen) fest.

zu Punkt b)

Auf die Anfrage des Herrn Ebbeke teilt Herr Nies mit, dass der 1. Absatz in der Begründung der Beschlussvorlage gestrichen werden soll.

Auf Empfehlung des Werkausschusses beschließt der Kreistag **mehrheitlich** (mit 29 Ja-Stimmen und 14 Gegenstimmen) die als Anlage der Beschlussvorlage beigefügte Satzung des Landkreises Bad Kreuznach über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallentsorgung.

TOP 5 Konzeption zum Einkauf präventiver pädagogischer Unterstützung für den Allgemeinen Sozialen Dienst des Kreisjugendamtes

Herr Nies verweist auf die übersandte Beschlussvorlage und stellt den Beschlussantrag zur Diskussion.

Wortmeldung des Herrn Nuphaus, Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Nuphaus führt aus, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Beschlussantrag zustimmen wird.

Er beantragt, dass von Seiten des Jugendamtes, nach einer Zeit von ca. 1 - 1½ Jahren betreffend des o. g. Tagesordnungspunktes ein Umsetzungsbericht gegeben wird. Hierdurch sollen die Mitglieder des Kreistages eine Information darüber erhalten, was mit dem Betrag umgesetzt wurde.

Er hält die Einrichtung eines modellhaften Beratungsangebotes an Grundschulen mit Ganztagsbetrieb für richtig, jedoch sollte hiermit bereits in den Kindergärten begonnen werden.

Wortmeldung der Frau Morsblech, FDP-Kreistagsfraktion:

Frau Morsblech schließt sich den Ausführungen ihres Vorredners an. Aus ihrer Sicht sollte dieses Angebot bereits jungen Eltern zur Verfügung gestellt werden.

Herr Nies erläutert, dass die werdenden Eltern seit kurzer Zeit Handbücher u. a. mit Anlaufstellen und Angeboten erhalten.

Wortmeldung der Frau Schmidt, CDU-Kreistagsfraktion:

Frau Schmidt erläutert, dass der CDU-Fraktion, mit Abgleich der Interessen des Kreises, die Entscheidung diesem Beschluss zuzustimmen, nicht leicht gefallen sei.

Auch sie bittet um einen unaufgeforderten Zwischenbericht von Seiten des Jugendamtes nach ca. 1 ½ Jahren.

Herr Nies sagt zu, dass von Seiten des Jugendamtes im Frühjahr 2012 ein Bericht sowohl in einer Sitzung des Kreisjugendhilfeausschusses, als auch in einer Sitzung des Kreistages erfolgen wird.

Der Kreistag beschließt auf Empfehlung des Kreisjugendhilfeausschusses die Bereitstellung von 50.000,00 € zur Umsetzung der Konzeption zum Einkauf präventiver pädagogischer Unterstützung für den ASD des Kreisjugendamtes **einstimmig**.

Im Haushaltsplan des Landkreises sollen bei Haushaltsstelle 36310.5551000 diese Kreismittel für das Jahr 2011 in Höhe von 50.000,-- € zusätzlich eingesetzt werden.

TOP 6 Beteiligungsbericht für den Landkreis Bad Kreuznach gemäß § 90 Abs. 2 GemO i.V.m. § 57 LKO

Landrat Diel verweist auf die Beschlussvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt. Nach Mitteilung des Vorsitzenden haben sich keine Änderungen zum Vorjahr ergeben.

Der Kreistag nimmt den im Kreisausschuss behandelten Beteiligungsbericht zur Kenntnis und erörtert den Bericht.

Der Kreistag erhebt diesbezüglich keine Einwände.

TOP 7 Beratung und Beschlussfassung über den Erlass der Haushaltssatzung des Landkreises Bad Kreuznach für das Haushaltsjahr 2011 mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen, Investitionsprogramm für die Jahre bis 2014

Der Vorsitzende informiert die Kreistagsmitglieder, dass in den ausgeteilten Landkreis-Taschen ein USB-Stick, inklusive des Haushaltsplanes enthalten ist.

In den Haushaltsberatungen des Kreisausschusses in seinen Sitzungen am 08.11. und 22.11.2010 wurde mehrheitlich ein Empfehlungsbeschluss an den Kreistag gefasst.

Anschließend erläutert er im Rahmen seiner folgenden Haushaltsrede verschiedene Übersichten, die der Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt sind.

Ferner teilt Landrat Diel mit, dass die in der heutigen Sitzung beschlossene Bereitstellung von 50.000 € zur Umsetzung der Konzeption zum Einkauf präventiver pädagogischer Unterstützung für den ASD (Allgemeiner Sozialer Dienst) des Kreisjugendamtes noch nicht in die Folien eingearbeitet wurde. Sobald dieser Betrag eingerechnet ist, würde sich ein Defizit von insgesamt 27 Mio. € abzeichnen.

Betreffend des Zuschussbedarfes Sozialhilfe 2011 räumt er ein, dass, sofern von Seiten des Bundes keine Hilfe entgegengebracht wird, der Landkreis die Eingliederungshilfe nicht weiter leisten kann. Ebenfalls gilt dies für die Grundsicherung im Alter. Hier würde auf Bundesebene die Überlegung angestrebt werden, die Kosten dieses Bereiches komplett auf den Bund zu übertragen. Außerdem seien die Kosten der Unterkunft (Harz IV) sehr hoch. Zusätzlich hätten die Wohngeldkosten in den vergangenen Jahren stark zugenommen.

Es sei wichtig, dass sich die Regionalinitiative bereit erklärt hat, eine Studie in Auftrag zu geben. Hier sollen die Wirtschaftsstandorte Rhein-Nahe-Hunsrück untersucht werden, um die Stärken und Schwächen zu analysieren und eine Perspektive erarbeiten, wo die Landkreise in 10-15 Jahren stehen sollen. Diese Studie würde durch die Regionalinitiative finanziert werden.

Die Anzahl der Ausbildungsplätze sei momentan kongruent mit der Anzahl der Ausbildungssuchenden. Landrat Diel ist allerdings über die Anzahl der Schul- und Ausbildungsabbrecher erschüttert. In der Zusammenarbeit mit dem Bistum Trier soll eine Art Patenschaft entwickelt werden, wobei ältere Frauen und Männer geschult werden, um die jungen Menschen gezielt zu unterstützen. Er hofft, in dieser Angelegenheit im nächsten Jahr voranzukommen.

Innerhalb der Verwaltung sei geplant, verschiedene Referate zusammenzulegen, um diese, wenn möglich, auf eine Anzahl von 26 zu reduzieren.

Aufgrund der Kommunal- und Verwaltungsreform seien eine Vielzahl von Aufgaben an den Landkreis delegiert worden. Aus seiner Sicht zeige sich im Laufe des Jahres 2011, ob der Mehraufwand ohne Personalsteigerung bewältigt werden kann.

Ebenfalls werde ab Januar 2011 in der Kreisverwaltung ein Beschwerdemanagement eingeführt.

Im Januar 2010 sei eine neue Dienstvereinbarung für die Mitarbeiter/innen der Kreisverwaltung in Kraft getreten, in der die Überstundenregelung neu

festgelegt wurde. Er sei glücklich darüber, dass die Bediensteten von insgesamt 18.100 Überstunden im Januar 2010, bereits im November dieses Jahres 5.150 Stunden abgebaut haben.

Ebenso sei zu Beginn des Jahres 2010 der Dienstleistungsabend eingeführt worden. Hier komme es zu Änderungen, da die Nachfrage in manchen Bereichen sehr gering sei und somit nicht in der kompletten Verwaltung aufrechterhalten werden müsse.

Ferner teilt er mit, dass es ihm eine Ehre gewesen ist, im Jahr 2010 insgesamt 222 Personen aus insgesamt 44 Nationen die Staatsbürgerurkunde zu überreichen.

Außerdem habe der Beirat für Migration und Integration des Landkreises in diesem Jahr 7 Mal im Sitzungssaal der Kreisverwaltung getagt, sowie einen Workshop abgehalten.

Landrat Diel bedankt sich bei dem Kreisvorstand, den Kreistags- und Ausschussmitgliedern, dem Personalrat mit der Vorsitzenden Frau Lenz und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, dass diese trotz schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen den Landkreis ein Stück weitergebracht haben. Ebenfalls dankt er der Presse, die auch in diesem Jahr objektiv über die Sitzungen berichtete.

Im Anschluss an die Haushaltsrede des Landrates nehmen die Kreistagsfraktionen Stellung zu dem Entwurf des Etats 2011.

CDU-KREISTAGSFRAKTION

Redner: Fraktionsvorsitzender Ralf Hippert

Herr Hippert spricht zu Beginn seiner Haushaltsrede die Wirtschafts- und Finanzkrise an, die, wie es scheint, der Vergangenheit angehöre. Dies würden die neusten Konjunkturdaten bestätigen.

Der Aufschwung sei jedoch bisher an dem Landkreis Bad Kreuznach vorbeigegangen.

Der Landkreis würde von den Soziallasten erdrückt werden, lediglich 0,53% freiwillige Ausgaben würden dem Kreis als Verfügungsmasse bleiben. Gerade aus diesem Grund brauche der Kreis eine klare Zielsetzung mit konkreten Plänen, die umsetzbar sind.

Die CDU-Fraktion begrüßt die Gründung einer kreisweiten Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Es müssten in der Region mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen werden, wobei auch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft weiterhelfen soll.

Des Weiteren führt der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion aus, dass die Rücklagen seit Jahren aufgebraucht sind und die weiter steigenden Soziallasten den Landkreis belasten. Ohne fremde Hilfe könne sich der Kreis keine großen Zukunftsprojekte leisten. Für die Bewältigung der Pflichtaufgaben bedarf es

einer Änderung bei der Finanzausstattung der Kreise. Der geplante Entschuldungsfonds bringe den Kreis bei genauer Betrachtung der Finanzen nicht weiter, es führe lediglich zu einer Verstetigung.

Die von Herrn Diel angesprochene Studie der Regionalinitiative begrüßt die CDU-Kreistagsfraktion. Es müsse jedoch die Nachhaltigkeit der ökonomischen, ökologischen und sozialen Strukturen gewährleistet sein.

Ebenfalls spricht er den „Zukunftsatlas 2010 – Deutschlands Regionen im Zukunftswettbewerb“ an. Dieser gebe Auskunft über die Zukunftschancen der 412 Kreise in Deutschland. Der aus den Indikatoren gebildete Zukunftsindex (Gesamtranking) zeige dabei die regionale Verteilung der Zukunftschancen und –risiken innerhalb Deutschlands auf. Die Ergebnisse für den Landkreis Bad Kreuznach seien verbesserungswürdig: 2010 liege dieser auf Platz 242 von insgesamt 412 Landkreisen. Noch deutlicher werde die Situation, wenn der Landkreis Bad Kreuznach mit den Nachbarlandkreisen verglichen wird, der Rhein-Hunsrück-Kreis liegt bei Platz 182 und der Kreis Mainz-Bingen sogar auf Platz 53.

Es sei das Fazit daraus festzustellen, dass der Landkreis Bad Kreuznach wesentlich geringere Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten hat, als eigentlich benötigt werden.

Die CDU-Kreistagsfraktion stimme dem Verwaltungsvorschlag, die Kreisumlage auf 44% anzuheben, zu. Diese Anhebung entspreche den Kosten, die dem Kreis bei der Übernahme der Schulen entstanden sind. Eine weitere Anhebung, wie von der ADD (Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion) gefordert, lehne die Fraktion ab.

Die gemeinsame Zielsetzung von Städten, Gemeinden und vom Landkreis sei es, das Ansiedeln von Menschen und Firmen sowie den Tourismus zu steigern.

Das Straßennetz müsse dringend saniert, verbessert und ausgebaut werden. Dies könne jedoch nur im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten umgesetzt werden. Er sei froh, dass gemeinsam mit dem LBM (Landesbetrieb Mobilität) eine Lösung zur Reparatur der im letzten Winter stark mitgenommenen Kreisstraßen gefunden wurde. Die hierfür zusätzlich eingestellten Mittel seien gut angelegt.

Herr Hippert begrüßt das von der Arbeitsgruppe Familiennetzwerk erstellte Elternbegleitbuch.

Weiter stellt er fest, dass der Landkreis Bad Kreuznach ökologisch auf einem guten Weg sei. Der Arbeitskreis Energie leiste hierbei eine hervorragende Arbeit. Ziel der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen sei es, einen Co2-neutralen-Landkreis zu schaffen. Auch die klimapolitischen Ziele der Bundesrepublik zur Verringerung der Treibhausgasemission sollten wirksam

unterstützt werden, um einen Beitrag zu einer nachhaltig positiven Entwicklung zu leisten.

Die Beratermesse für Energiesparer im September 2010 in der Kreisverwaltung sei ein voller Erfolg gewesen und sollte aus seiner Sicht wiederholt werden.

Er sei damit zufrieden, dass u. a. durch Energie-Controlling und Heizungssanierung mittlerweile 30% der Energiekosten eingespart werden konnten. Hilfreich sei hierbei das von der Bundesregierung aufgelegte Konjunkturpaket II gewesen, wodurch alle Liegenschaften des Kreises mittlerweile einen verbrauchsorientierten Energieausweis erhalten haben.

Die heute beschlossene Abfallgebührensenkung bedeute mehr Kaufkraft und ein weiterer Standortvorteil für ansässige und ansiedlungswillige Unternehmen in der Region.

Er hält es für eine gute Idee, mit den Landkreisen Mainz-Bingen und Alzey-Worms eine Biogasanlage zu errichten. Dies könne zu einer weiteren Entlastung der Müllgebührenzahler führen.

Da der Tourismus ein wichtiger Zukunftsfaktor für die Region sei, müssten die Stärken des Landkreises verdeutlicht und bewusster gemacht werden.

Anschließend spricht er an, dass die Ausgaben des Landkreises minimiert werden müssen. Hierzu zähle auch der Zuschuss an die Schlossakademie Schloss Dhaun, welcher in diesem Jahr erstmals nicht bewilligt wurde.

Im Bereich Zinsmanagement erkennt er die Leistung von Landrat Diel an, der für den Landkreis fast eine Million Euro eingespart hat.

Gleichzeitig werden von Seiten des Landes jedoch weitere Ausgaben auf die Kreise abgewälzt, wie z. B. die unzureichende Finanzausstattung bei der Schulbuchausleihe oder auch beim Sozialfonds für die Mittagsverpflegung.

Der Landkreis Bad Kreuznach sei nach der Übernahme der weiterführenden Schulen einer der größten Schulträger im Land Rheinland-Pfalz. Die Schulen seien die Grundlage für gut ausgebildete Menschen, ohne die die Zukunft nicht zu gestalten sei. Bezüglich der Schularten und Wissensvermittlung dürften nur Entscheidungen getroffen werden, die realistisch umzusetzen sind.

Herr Hippert teilt mit, dass die CDU-Fraktion dem Haushalt 2011 in der den Mitgliedern vorliegenden Version zustimmen wird.

SPD-KREISTAGSFRAKTION**Redner: Fraktionsvorsitzender Carsten Pörksen**

Herr Pörksen nimmt im Rahmen seiner Haushaltsrede ebenfalls Bezug auf die Wirtschafts- und Finanzkrise. Sollten die Gewerbesteuern steigen, was sich

zurzeit abzeichnen würde, könne es in den nächsten Jahren zu einer besseren Einnahmesituation des Landkreises kommen. Aus seiner Sicht wird die Steigerung jedoch nicht ausreichen, um einen Ausgleich herzustellen.

Das Konjunkturprogramm I und II sei für die Firmen in der Region von großer Bedeutung gewesen. Dies habe eine positive Entwicklung nach sich gezogen.

Die Verlängerung der Kurzarbeit habe für einige Firmen des Landkreises eine große Rolle gespielt. Ohne diese Verlängerung hätte es sicherlich zu mehr Arbeitslosigkeit im Landkreis geführt.

Die Arbeitslosigkeit der Stadt Bad Kreuznach, die zurzeit bei 10% liege, spiegele sich auch im Haushalt des Landkreises wider.

Bei den entstandenen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen handele es sich bei rd. 50% um befristete Arbeitsverträge. Eine solche Situation führe zu keiner Erhöhung der Motivation der jungen Menschen. Die Niedriglöhne hätten zur Folge, dass diese Personen in die Altersarmut gelangen und somit den Haushalt des Landkreis belasten.

Die Lage der Soziallasten könne nur verbessert werden, indem mehr Mittel zur Verfügung gestellt oder die Leistungsgesetze geändert werden. Hierüber müsse mit dem Bund verhandelt werden. Das Land sei nicht in der Lage, weder die Stadt noch den Landkreis Bad Kreuznach alleine zu finanzieren. Im Weiteren frage er sich, ob es Sinn mache, einen Fonds aufzulegen, um die Landkreise, Städte und Gemeinden teilweise zu entlasten. Momentan seien die Kreise, Städte und Gemeinden in einem gewissen Sinn entlastet, da die Zinsen gering sind. Entscheidend sei jedoch die Änderung der steigenden Kosten, nur so könne die Verschuldung von Dauer sein. Dies funktioniere jedoch nur in Verbindung mit der Kommunal- und Verwaltungsreform.

Im Bereich der Schulen seien in den letzten Jahren einige Millionen investiert worden, dies müsse auch weiterhin erfolgen. Herr Pörksen trägt die Auffassung, dass das Schulsystem sehr gut gegliedert sei, über das im Grundsatz nicht mehr diskutiert werden müsse. In dieser Angelegenheit seien im Rahmen des Schulentwicklungsplanes umfangreiche Diskussionen geführt worden, es sei jedoch klar, dass ein solcher Plan Veränderungen unterliegt.

Es müsse die Anzahl der Kinder in den Kindergärten beachtet werden. In vielen Gemeinden des Landkreises, nicht nur in den kleinsten, würden die Kindergärten aus diesem Grund geschlossen werden. Demnach sei abzusehen, dass die Anzahl der Schulkinder in den nächsten Jahren stark sinken wird.

Er begrüßt, dass sich das Gymnasium an der Stadtmauer in Bad Kreuznach bereit erklärt hat, eine Ganztagschule zu werden. Dies sei ein Weg, der in die Zukunft gerichtet ist.

Er hofft noch auf ein Ergebnis in der Schulsituation in Kirn.

Zufrieden ist Herr Pörksen mit dem Ausbau der Kindertagesstätten für Kinder unter 3 Jahren.

Im Bereich der Kindertagesstätten und Schulen könne der Kreis eine gute Situation vorzeigen, dies sei eine wichtige Entscheidungsgrundlage für das Ansiedeln von Menschen.

Herr Pörksen äußert, dass es im Landkreis Bad Kreuznach, trotz der Vielzahl von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, zu wenigen Problemen betreffend Migration und Integration kommt.

Bezüglich der Schließung der zweiten Deponie im Landkreis hat Herr Pörksen noch keine Vorstellung darüber, welche Kosten hierdurch noch auf den Kreis zukommen. Aus diesem Grund äußert er im Rahmen der Gebührensenkung Bedenken.

Die SPD-Kreistagsfraktion möchte ebenfalls einen Co2-neutralen-Landkreis erzielen. Zu den Themen Windkraft und Photovoltaik müsse sich kommunalübergreifend auseinandergesetzt werden.

Die in Auftrag gegebene Studie der Regionalinitiative überzeuge die SPD-Fraktion nicht direkt. Sie stellt sich die Frage, welches Ziel diese Studie aufzeigen und wie diese finanziert werden soll. Hier sei es nicht mit der Gründung einer Gesellschaft getan. Es müsse abgewartet werden, ob die Wünsche wirklich umgesetzt werden können.

Wenn die Kreisumlage um den Betrag angehoben werden soll, der durch die Übernahme der Schulen entstanden ist, handele es sich um eine Erhöhung von 1,8 / 1,9%. Es müssten die Schlüsselzuweisungen des Landes für die Anzahl der Schulkinder, sowie die vor der Übernahme der Schulen bereits übernommenen Kosten für die Realschule Bad Sobernheim berücksichtigt werden.

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt, die Kreisumlage um lediglich 1,8 / 1,9% zu erhöhen, welche den genauen Kosten, die dem Kreis bei der Übernahme der Schulen entstanden sind, entspreche.

FDP-KREISTAGSFRAKTION

Redner: Fraktionsvorsitzender Thomas Bursian

Herr Bursian thematisiert im Rahmen seiner Haushaltsrede, dass die Neuverschuldung bereits jetzt 15% der Gesamtausgaben beträgt. Die Tendenz entwickle sich weiterhin steigend. Unter anderem hänge der Einnahmerückgang an der Gewerbe- und Einkommenssteuer, was eine Verringerung von 5 Mio. Euro ausmacht, geringere Schlüsselzuweisungen von Seiten des Landes in Höhe von 650.000 Euro, der drastische Anstieg der Ausgaben, sowie die Mehrkosten von 2 Mio. Euro für die Schulstrukturreform. Zusätzlich wurde ein Investitionsstau von rd. 15 Mio. Euro geerbt.

Aus seiner Sicht wurden nur aus Gründen der Finanznot die Schulen an den Landkreis abgegeben.

Auch er führt aus, dass sich die höheren Gewerbesteuereinnahmen erst in 1 - 2 Jahren im Landkreis bemerkbar machen.

Wie von Landrat Diel angesprochen, ist der Landkreis Bad Kreuznach der Landkreis, mit dem höchsten Sozialtransfer, bei gleichzeitig unterdurchschnittlicher Steuerkraft und Bevölkerung. Über das Zinsniveau könne nur spekuliert werden, was bei einer Verschuldung von über 200 Mio. Euro sehr schmerzhaft sei.

Es handele sich aus Sicht des Herrn Bursian bei der Wirtschaftlichkeit um einen systematischen Fehler in der Ausstattung der kommunalen Finanzen, da fast alle Landkreise finanzielle Probleme aufzeigen. Weiter nimmt er Bezug auf die Aussage des Co-Rektors der Verwaltungshochschule Speyer, Herr Prof. Dr. Joachim Wieland, der in der letzten Versammlung des Landkreistages zur Pflicht des Landes zur Mindestausstattung der Gemeinde Stellung genommen hat. Das Land könne sich nicht mit den Gründen herausreden, dass dies zu stark verschuldet ist.

Die Kommunen könnten, auch ohne Mehraufwand, finanziell wesentlich besser stehen, wenn das Land auf bestimmte kostspielige Projekte verzichten und die eingesparten Mittel den Kommunen und Kreisen zur Verfügung stellen würde.

Betreffend der Kreisumlage sei für die FDP-Kreistagsfraktion eine Erhöhung auf 44% nachvollziehbar. Die Erhöhung um 2,6% würde ungefähr die Zusatzkosten für die übertragenen Schulen abdecken. Immerhin würde dieser Betrag von Seiten der Gemeinden eingespart werden. Er sei aber gespannt, ob dieses Einsparpotential auch vor Ort umgesetzt werden.

Sowohl die Anbindung des Meisenheimer Raums an die B 41, als auch eine schnellere Erreichbarkeit zu dem Flughafen Hahn seien zwingende Maßnahmen.

Das Programm der Bundesregierung bezüglich Breitbandtechnologie sollte auch im Landkreis Bad Kreuznach genutzt werden, schließlich sei, für Privathaushalte sowie für Unternehmen, heutzutage ein schnelles Internet selbstverständlich.

Ein vielfältiges und gut ausgebautes Bildungsangebot sei flächendeckend zwingend. Ebenfalls sei man auf gut qualifizierte Fachkräfte angewiesen. Es sei auch in den Schulangelegenheiten wichtig, nicht von einer übergeordneten Stelle diktiert zu werden, sondern die gesetzlich vorgeschriebenen Gremien (wie hier den Schulträgerausschuss) zu überzeugen.

Herr Bursian stellt fest, dass die Mobilität immer teurer wird. Eine Förderung des öffentlichen Nahverkehrs sei aus ökonomischen und ökologischen Gründen zwingend notwendig. Es dürfe nicht dazu kommen, dass ältere Menschen, die keinen Pkw besitzen, vom öffentlichen Leben ausgeschlossen werden. Allerdings müsse der öffentliche Nahverkehr attraktiver werden. Er stellt fest,

dass u. a. auf der Zugverbindung Saarbrücken – Frankfurt die Waggonen überlastet sind.

Für die Kosten, die aufgrund von Leistungsgesetzen vom Kreis übernommen werden müssen, erfolge kein Ausgleich. Er nimmt Bezug auf die kostenlosen Kindergartenplätze. Hier zahlen die Eltern keine Beiträge, die Kinder dürften später jedoch die öffentlichen Kredite tilgen. Die frühzeitige Prävention zur Förderung, Minderung und Vermeidung der Folgen von Kinderarmut halte die FDP-Fraktion für sehr wichtig. Das Dormagener Modell erfordere jedoch mehr Personal. Bei einer Investition in die frühe Förderung hätten die Menschen mehr Perspektiven und die kostenträchtige Nachsteuerung würde vermieden werden.

Im Bereich der Schulsozialarbeit müsse noch mehr unternommen und gehandelt werden. Von Seiten des Landes gäbe es hierzu ein Programm, es müsse versucht werden, dass der Kreis hierfür eine Kofinanzierung erhält.

In Hinsicht auf Schülerbeförderung hat der Landesgerichtshof festgestellt, dass es sich um ein schlecht formuliertes Landesgesetz handelt, welches gegen die Gleichmäßigkeit verstößt. Bis zum Jahr 2012 müsse dieses Gesetz nachgebessert werden, da es ungerecht sei, dass die Schüler, abhängig von der Schule, einen Zuschuss zu der Beförderung erhalten.

Regenerative Energien und Energieeffizienz seien ideale Wachstumsfelder. Für das mittelständische Handwerk würden so Beschäftigungen geschaffen werden und seien eine stetige Einkommensquelle. In Bereich regenerativer Energien müsse jedoch in machen Teilen noch Überzeugungsarbeit geleistet werden. Die Zielrichtung der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe sei richtig, Windkraft dürfe nicht zu einer Veränderung der Landschaft führen.

Die Gründung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft sei eine große Chance, allerdings sei es alleine mit der Bestandspflege von Unternehmen nicht getan. Es soll eine Heimat mit hoher Wohn- und Lebensqualität und einem attraktiven Arbeitsmarkt geschaffen werden.

Die Vermarktung der Region müsse in den verschiedenen Medien noch intensiver werden. Ebenso sollte die Naheland-Touristik finanziell besser ausgestattet werden. Es sei aber eine bessere Vernetzung der verschiedenen touristischen Aktivitäten notwendig. Die Region habe ein Potenzial an kulturellen Highlights, die Museen (z. B. Freilichtmuseum, Orgel Art museum, Steinskulpturenmuseum) müssten jedoch touristisch stärker vermarktet werden.

Weitere Chancen sehe die FDP-Fraktion im Gesundheitsbereich. Es könnten sicherlich, bei der hervorragenden Infrastruktur dieses Bereiches, zukunftsreiche Märkte erschlossen werden. So könnten, wie bereits in anderen Ländern, mit Gesundheitsdienstleistungen auch ausländische Kunden gewonnen und dadurch Geld verdient werden. Die eigenen Patienten im Landkreis dürften hierbei jedoch nicht in Vergessenheit geraten.

Herrn Bursian fiel auf, dass der Personalkörper der Verwaltung stark angeschwollen ist. Unter anderem die Mehrbelastung durch die Gesetze, die Übernahme der ARGE-Beschäftigten und der Schulen erkläre den starken Personalanstieg. Die FDP-Fraktion schlägt eine Umorganisation des Bürgerbüros vor, sowie einen Einsatz eines mobilen Bürgerkoffers, wodurch den Bürgern der Weg zur Verwaltung erspart werden soll. Auch die Einrichtung des Beschwerdemanagements wird von Seiten der FDP begrüßt.

Abschließend gibt Herr Bursian zur Kenntnis, dass die FDP-Kreistagsfraktion, trotz Bedenken, dem Haushalt 2011 zustimmen wird, schließlich sollten die Investitionen zum Wohle des Bürgers nicht gefährdet werden.

KREISTAGSFRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Redner: Fraktionsvorsitzender Ludger Nuphaus

Fraktionsvorsitzender Nuphaus stellt zu Beginn seiner Haushaltsrede fest, dass es sich durch die Übernahme der Schulen, sowie durch die Erhöhung der Personalstellen im Stellenplan um eine Personalsteigerung von 18% handelt.

Die Heizkosten für die Schulen seien von 1,5 Mio. Euro im letzten Jahr auf 2,2 Mio. Euro erhöht worden.

Herr Nuphaus rechnet damit, dass die ADD mit der geringen Erhöhung der Kreisumlage auf 44% nicht einverstanden sein wird und der Haushaltsplan nachgebessert werden muss.

Er trägt im Weiteren die Auffassung, dass einige Verbandsgemeinden, wie z. B. Langenlonsheim, ihre Umlage durch die gute Lage senken könnten. Dies müsse unter Beobachtung bleiben und zu einem späteren Zeitpunkt erneut thematisiert werden.

Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wird dem Haushalt zustimmen, unter der Gewissheit, dass noch einiges geändert wird.

Auch Herr Nuphaus legt die Situation des Landkreises durch die Sozialleistungen dar. Betreffend der Aufwendungen für Kinder-, Jugend- und Familienhilfe sei durch den Bund und das Land eine Verlagerung auf den Landkreis vorgenommen worden, ohne dass eine ausreichende Finanzierung gesichert war. Des Weiteren geht er davon aus, dass in dieser Angelegenheit vorerst keine Abhilfe geschaffen wird. Sofern der Kreis die Lasten nicht alleine tragen soll, sollten die Gemeinden herangezogen werden.

Anschließend regt er an, dass die Kosten in der Lebensmittelüberwachung von den kontrollierten Betrieben getragen werden sollten. Diese Kosten müssten so nicht durch die Öffentlichkeit finanziert werden.

Der Landkreistag habe einen kommunalen Hebesatzkorridor für die Einkommenssteuer im Rahmen des Kommunalen und Gesamtentlastungspakets akzeptiert. Die Einräumung eines veränderten Hebesatzes für die Kommunen würde aus seiner Sicht zu keiner Verbesserung der kommunalen Finanzen führen.

Wichtig halte er jedoch die Einführung von Mindestlöhnen und von Maßnahmen gegen Lohndumping, damit der Landkreis nicht zur Kofinanzierung von Erwerbstätigen beitragen muss.

In Zusammenhang mit der erneuerbaren Energie und Energieeffizienz sei erkennbar, dass u. a. in den Schulgebäuden noch mehr Energie eingespart werden könnte. Es bestehe ein Sanierungsstau an den Schulen in Höhe von rd. 44 Mio. Euro. Über einen Verkauf weiterer Aktien, der den Sanierungsstau etwas schneller beheben könnte, sollte nachgedacht werden. Ebenfalls sollte überlegt werden, ob Kraftwärmekopplungsanlagen in den Schulen eingesetzt werden könnten, die effektiver arbeiten, da diese neben Wärme auch Strom produzieren. Es sollte berechnet werden, ob Contracting-Lösungen bei der energetischen Schulsanierung möglich und ökologisch sinnvoll sind.

Es sei wichtig, dass die Nutzer (Hausmeister, Lehrer/innen, Schüler/innen) stärker in den Umgang mit Energie einbezogen werden. Es müsse daran gearbeitet werden, um das Bewusstsein der Nutzer zu verbessern, sodass mit den teuren und umweltrelevanten Energien verantwortungsvoller umgegangen wird. Er schlägt vor, entsprechende Anreizsysteme zu schaffen, damit eine Verbesserung an den einzelnen Schulen erzielt werden kann.

Die Fraktion sei über die Sicherung der Finanzierung des Klimaschutzkonzeptes für die Landkreise Mainz-Bingen, Alzey-Worms und Bad Kreuznach erfreut. Sie hoffen, dass die Ergebnisse dieses Konzeptes auch umgesetzt werden können.

Dass das von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen seit Jahren beantragte Solarkataster endlich auf den Weg gebracht wird, erfreue die Fraktion.

Dem Stellenplan sei zu entnehmen, dass die Beamtenstellen im nächsten Jahr weiter zunehmen. Er sei sich im Klaren, dass die Pensionslasten weiter zunehmen werden, über dieses Thema müsse allerdings erneut beraten werden.

FWG-KREISTAGSFRAKTION**Redner: Fraktionsvorsitzender Wolfgang Zimmer**

Fraktionsvorsitzender Zimmer äußert zu Beginn seiner Haushaltsrede, dass es sich in diesem Jahr um den vierten Entwurf des Kreishaushaltes in doppischer Form handelt. Weiter merkt er an, dass der Kreishaushalt in der Form, auch nach der Verabschiedung der Eröffnungsbilanz, außer einem zusätzlichen Verwaltungsaufwand bisher keine Vorteile gebracht hat. Es müsse, wie bereits in den Vorjahren, ernüchternd festgestellt werden, dass der Kreistag zu 99,5%

nichts an den Ausgaben verändern kann, da diese Ausgaben gesetzlich geregelt sind. Nur der Hebesatz der Kreisumlage könne festgelegt werden.

Die FWG-Fraktion sei in Bezug auf die rasante Schuldenentwicklung des Landkreises und den weiter ansteigenden Sozialausgaben besorgt. Im Bereich der Eingliederungshilfe, Hilfe zur Pflege und Hilfe nach Maß liege die Deckungslücke, angesichts der Gegenrechnung von Erträgen und Erstattungen, bei über 64 Mio. Euro. Im Jahr 2009 seien in diesem Bereich noch 56 Mio. Euro veranschlagt worden. Demgegenüber beliefen sich die Einnahmen aus der Kreisumlage im Jahr 2009 bei einem damaligen Umlagesatz von 39,5%, auf knappe 47 Mio. Euro. Diese Einnahmen liegen im Jahr 2011 bei Beibehaltung des aktuellen Umlagesatzes von 41,38% auch nur bei knapp 47 Mio. Euro.

Für die starke Verschuldung sei zum größten Teil der Bund und das Land verantwortlich. Ohne eine Finanzreform sei, wie Herr Zimmer ausführt, die Finanzproblematik nicht lösbar. Der Haushalt des Landkreises Bad Kreuznach sei durch eine Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes nicht zu retten.

Es sei im Jahr 2010 beschlossen worden, dass die Kosten der Realschule Bad Sobernheim zu 50% von Seiten der Verbandsgemeinde und zu 50% vom Kreis getragen werden. Für diese 50/50 Regelung, die nicht zustande gekommen ist, seien Mittel in Haushalt 2010 eingestellt worden. Im Jahr 2010 sei für die Leistungen an Bad Sobernheim für die vorherige Realschule kein neuer Betrag in den Haushalt eingestellt worden. Im Jahr 2010 sei jedoch betreffend der Schulstrukturreform (für die 50/50 Lösung) bereits eine Teilerhöhung des Kreisumlagesatzes vorgenommen worden. Dieses Geld müsse auch in den Haushalt 2011 eingerechnet werden. Der Kreis habe im Jahr 2009 bereits Kosten für die Realschule plus Bad Sobernheim übernommen. Diese Betrag i. H. v. 232.000 Euro müsste, sofern die Gesamtkosten für die Realschule plus Bad Sobernheim beachtet werden, abgezogen werden.

Der Kreis erhalte für die Schulträgerschaften der Realschulen plus und der IGS Bad Kreuznach im Jahr 2011 eine Schlüsselzuweisung i. H. v. 703.000 Euro.

Diese zusätzliche Einnahmen müssten bei dem Haushaltsplan ebenfalls berücksichtigt werden.

Ebenfalls wie die SPD-Fraktion, ist auch die FWG-Fraktion der Auffassung, dass die Kreisumlage nur um die notwendigsten Posten erhöht werden soll. Die FDP-Fraktion trägt eine Erhöhung der Kreisumlage um 1,77% mit, was einen Betrag von 2,01 Mio. Euro ausmache.

Herr Zimmer ist der Ansicht, dass im Haushaltsplanentwurf 2011 kein deutlicher Sparwille erkennbar sei, dies sei u. a. dem Stellenplan zu entnehmen, der eine Steigerung aufzeigt.

Des Weiteren habe er sich gewünscht, dass der Prüfungsbericht des Rechnungshofes früher fertiggestellt worden wäre, um sich vor den Haushaltsberatungen damit zu beschäftigen. Er habe gehofft, durch diesen Bericht Hilfestellungen zu erhalten, in welchen Bereichen Mittel eingespart werden könnten. Da dieser Bericht der Verwaltung noch nicht zugeing, rechnet

Herr Zimmer damit, dass sich das Gremium im Frühjahr 2011 hiermit beschäftigt.

Weiter trägt die FWG-Kreistagsfraktion die Genehmigungsaufgaben der Aufsichtsbehörde mit. Er sei auf die Auflagen der ADD, die ursprünglich eine Umlageerhöhung auf 46% forderte, gespannt. Es müsse möglicherweise nach Einsparmöglichkeiten gesucht werden. Herr Zimmer sagt zu, dass die FWG-Fraktion hieran konstruktiv mitarbeiten wird.

Die Einrichtung der weiteren 2 Stellen, sowie der Bereitstellung der 50.000 Euro für den Bereich des Jugendamtes sollen darauf hinwirken, im sozialen Bereich Mittel einzusparen.

Herr Zimmer hofft in Bezug auf die Gründung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, dass sich diese positiv auf den Landkreis und die Kreisfinanzen auswirken wird.

Die FWG-Kreistagsfraktion wird dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2011, einschließlich der Kreisumlageerhöhung, aber nur bezogen auf die zusätzlich notwendigen Finanzmittel im Rahmen der stattgefundenen Schulstrukturreform, zustimmen.

KREISTAGSFRAKTION DIE LINKE Redner: Kreistagsmitglied Rainer Dhonau
--

Kreistagsmitglied Dhonau hält eingangs seiner Haushaltsrede vor Augen, dass wiederholt ein Haushaltsentwurf vorgelegt wird, der Steuern und Abgaben erhöht und der die Kreisumlage zu Lasten der Gemeinden und Verbandsgemeinden anhebt. Die Politik der Bundes- und Landesregierung belaste finanziell die Kommunen, Städte, Gemeinden und Kreise. Die hohe Verschuldung sei Ursache einer falschen Bundespolitik. Die verantwortlichen Volksvertreter dürften ihre Meinungen nicht weiter von äußeren Kapitaleinflüssen abhängig machen, sondern fundamentalen makroökonomischen Grundsätzen Folge leisten. Bisher sei nicht festzustellen, dass die bundespolitischen Volksvertreter der CDU, FDP und SPD aus der Wirtschaftskrise, an der Deutschland nicht unschuldig gewesen sei, eine Lehre gezogen haben.

Weiter frage er sich, wie die Bundes- und Landtagsabgeordneten, heute als Mitglieder des Kreistages, guten Gewissens die Interessen des Kreises vertreten wollen. Ein aktuelles Beispiel sei das in Berlin auf den Weg gebrachte neue Kinderschutzgesetz, welches den Kommunen, hier insbesondere den Jugendämtern, neue Belastungen bringen wird. In diesem Zusammenhang erinnert Herr Dhonau an den von der Fraktion DIE LINKE gestellten Antrag betreffend der personellen Aufstockung und die Forderung nach mehr finanzieller Unterstützung im Allgemeinen Sozialen Dienst.

Der vorliegende Haushaltsentwurf belaste die Bürger/innen, die Gemeinden und Verbandsgemeinden. Im Laufe der vergangenen Jahre sei die Verschuldung höher und der gestalterische Spielraum immer kleiner geworden.

Abschließend räumt Herr Dhonau ein, dass die Kreistagsfraktion DIE LINKE den Haushaltsentwurf ablehnen wird.

Nachdem die Fraktionen ihre Ausführungen zum Haushaltsentwurf vorgetragen haben, greift Landrat Diel das Thema Windenergie erneut auf. Er teilt mit, dass die 96 Standorte für die Errichtung der Windenergien festgelegt seien.

Auf die Außenflächen für Photovoltaikanlagen habe der Landkreis keinen Einfluss, von Seiten der Verbandsgemeinden wurden hierfür bestimmte Flächen vorgesehen.

Der Vorsitzende erläutert im Weiteren, dass das Solarkataster, dank der finanziellen Unterstützung der Sparkasse, erstellt werden kann.

Der Landrat informiert, dass die Fragen betreffend der 50/50-Kostenbeteiligung an den Realschulen plus Bad Sobernheim in der Sitzung des Kreisausschusses am 22.11.2010 ausführlich beantwortet wurden.

Herr Ryschawy, Kämmeriamt, erläutert, dass die Rechtsgrundlagen der Schlüsselzuweisung das Landesfinanzausgleichsgesetz regelt. Die Kreise erhalten hierdurch für bestimmte Belastungen Schlüsselzuweisungen durch das Land, wobei es sich um allgemeine Finanzmittel, ohne Zweckbindung, handelt. Somit regeln Schlüsselzuweisungen das Finanzverhältnis zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und den betroffenen Kommunen. Ein interkommunaler Finanzausgleich zwischen dem Landkreis und den Verbandsgemeinden sei rechtlich nicht existent. Es müsse allerdings berücksichtigt werden, dass die Höhe der Schlüsselzuweisungen auch als Berechnungsgrundlage der Kreisumlage zugrunde liegen.

Abschließend fasst der Kreistag folgenden Beschluss:

Der Kreistag beschließt auf Vorschlag des Kreisausschusses **mehrheitlich** (mit 26 Ja-Stimmen, 5 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen), den Hebesatz der Kreisumlage auf **44,00%** der Umlagegrundlagen nach § 25 Abs. 1 Landesfinanzausgleichsgesetz festzusetzen.

Der Kreistag beschließt nach Beratung in den Fachausschüssen und im Kreisausschuss auf Empfehlung der Verwaltung **bei 28 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen:**

1. Den Entwurf der Haushaltssatzung des Landkreises Bad Kreuznach für das Haushaltsjahr 2011 mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen

einschließlich eventueller Änderungen und Ergänzungen.

2. Das Investitionsprogramm für die Jahre bis 2014.

Begründung:

Dem Kreisausschuss wurde in den Sitzungen am 08.11. und 22.11.2010 der von den verschiedenen Fachausschüssen beratene Entwurf des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2011 vorgestellt – auf Basis des unveränderten Kreisumlagehebesatzes von 41,38 %.

Die in den Fachausschüssen beschlossenen und von der Verwaltung vorgenommenen Korrekturen (Investitionskosten für die Generalsanierung Realschule plus Bad Sobernheim/ Sitzungen des Kreistages am 25.10. und 06.12.2010 und Korrektur Berechnung bei 3 Realschulen plus) sind – mit Ausnahme der vom Kreistag noch nicht freigegebenen zusätzlichen Mittel von 50.000 € für den Einkauf von Leistungen zur Entlastung der MitarbeiterInnen des Kreisjugendamtes (Beschluss Kreistag 25.10.2010) – in den Haushaltsplanentwurf eingearbeitet. Je nachdem, wie der Kreistag über etwaige Änderungsvorschläge/ -anträge beschließt, verändert sich der Haushaltsplan.

Nach dem Entwurf (Datenstand = Empfehlungsbeschluss des Kreisausschusses am 22.11.2010) ist der **Ergebnishaushalt** nicht ausgeglichen.

Bei Aufwendungen von	187.817.360 €
und Erträgen von	160.867.360 €
und einem	
erhöhten Kreisumlagehebesatz von 44,00 %	
ergibt sich	
ein Jahresfehlbedarf von	- 26.950.000 €

Zur Finanzierung der Investitionen des Finanzhaushaltes sind unter anderem **Kreditneuaufnahmen** vom Kreditmarkt vorgesehen von **13.105.200 €**

Enthalten sind außerdem	
Verpflichtungsermächtigungen von	7.160.000 €

Im Entwurf des Investitionsprogramms sind die laufenden und geplanten Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen der Finanzplanungsperiode bis 2014 dargestellt.

Schulstrukturreform / Änderung Schulgesetz (Realschulen plus,...) :

Der Kreistag hatte in seiner Sitzung am 23.03.2009 beschlossen, dass der Landkreis sich bei allen künftigen **Realschulen plus im Landkreis**, bei denen er nicht selbst Schulträger ist, iHv. 50 % der Ist-Kosten finanziell beteiligt. In Umsetzung des Kreistagsbeschlusses wurde in 2010 hierfür erstmalig ein Betrag von insgesamt **1.523.600 €** eingestellt (dieser Betrag beinhaltet Zahlungen rückwirkend ab Beginn Schuljahr 2009 !) für Realschulen plus der Verbandsgemeinden Bad Sobernheim, Langenlonsheim, Meisenheim und Rüdesheim (Produkt „Realschulen plus allgemein“, Produkt-Nr. 2150). Die

Kostenbeteiligung des Landkreises stand allerdings unter dem Vorbehalt der von der Kommunalaufsicht (Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier) zu entscheidenden Genehmigungsfähigkeit.

Ebenfalls erstmalig waren im Ergebnishaushalt 2010 die Kosten für den laufenden Betrieb der ab dem Schuljahr 2010/11 kommenden **Integrierte Gesamtschule Bad Kreuznach (283.000 €**, neues Produkt, Produkt-Nr. 2182) und **Realschule plus Bad Kreuznach (266.000 €**, neues Produkt, Produkt-Nr. 2154) veranschlagt.

Dies allein führte zu Belastungen für den Landkreis Bad Kreuznach iHv. insgesamt rd. 2,1 Mio. € im Haushaltsjahr 2010 (rd. 1,6 Mio. € für das Jahr 2010 und rd. 0,5 Mio. € in 2010 rückwirkend für das Jahr 2009).

Die im Haushalt 2010 veranschlagte finanzielle Belastung von rd. 1,6 Mio. € durch die Schulstrukturreform entsprach 1,383 % Kreisumlage 2010.

Aufgrund des Übergangs der Schulträgerschaft zum 01.08.2010 auf den Landkreis Bad Kreuznach beinhaltet der Haushalt ab dem Haushaltsjahr 2011 zusätzlich Ansätze für folgende Schulen :

- Realschule plus Bad Kreuznach
- Realschule plus Bad Sobernheim
- Realschule plus Langenlonsheim
- Realschule plus Meisenheim
- Geschwister-Scholl-Schule, bestehend aus der organisatorisch verbundenen Grundschule Wallhausen und der Realschule plus, disloziert auf die Schulstandorte Wallhausen und Waldböckelheim sowie
- Integrierte Gesamtschule Bad Kreuznach

Im produktorientierten Haushaltsplan des Kreises führt dies zu folgender neuen Produktgliederung ab 2011 (Teilhaushalt 2.0 Schulen und Kultur) :

2113 Grundschule Wallhausen (neues Produkt ab 2011)
 2150 Realschulen allgemein
 2151 Realschule an der Heidenmauer Bad Kreuznach
 2152 Realschule Kirn
 2153 Realschule Bad Münster am Stein Eberburg
 2154 Realschule plus Bad Kreuznach (neues Produkt ab 2011)
 2155 Realschule plus Bad Sobernheim (neues Produkt ab 2011)
 2156 Realschule plus Langenlonsheim (neues Produkt ab 2011)
 2157 Realschule plus Meisenheim (neues Produkt ab 2011)
 2158 Realschule plus Wallhausen (neues Produkt ab 2011)
 2159 Realschule plus Außenstelle Waldböckelheim (neues Produkt ab 2011)

sowie

2182 Integrierte Gesamtschule Bad Kreuznach, Ringstr. (neues Produkt ab 2010)

Da es sich bei der Geschwister-Scholl-Schule um eine organisatorisch verbundene Grund- und Realschule plus handelt, ist der Landkreis nunmehr auch Schulträger einer Grundschule geworden. Nach § 78 Abs. 2 SchulG sind

alle auf die Grundschule entfallenden und nicht durch Zuschüsse des Landes oder sonstiger Dritter gedeckten Kosten wieder zu 100 % durch die Verbandsgemeinde Rüdesheim an den Landkreis Bad Kreuznach zu erstatten.

In Bad Sobernheim und Waldböckelheim umfasst der Schulkomplex sowohl eine Realschule plus als auch eine Grundschule, die jedoch in Trägerschaft der jeweiligen Verbandsgemeinde verbleibt. Da einige der dort anfallenden Kosten (z.B. für Strom, Gas, Wasser, Abwasser, Müll, Bauunterhalt, Personalkosten des Hausmeisters) sich auf den gesamten Schulkomplex beziehen oder ggf. Räume (z.B. Mensa) schulzentrisch genutzt werden, wurde mit den jeweiligen Verbandsgemeinden vereinbart, dass der Landkreis zunächst alle dieser nicht separat erfassbaren Kosten trägt und im Nachhinein über einen noch individuell auszuhandelnden Schlüssel wieder von der Verbandsgemeinde anteilig für den Grundschulbereich zurückerstatten lässt.

Im Zuge der Übertragung der Schulträgerschaft auf den Landkreis geht auch das Eigentum am unbeweglichen und am beweglichen Schulvermögen, das für Schulzwecke ganz oder überwiegend benötigt wird, auf den Landkreis über. Für das unbewegliche Schulvermögen zahlt der Landkreis nach § 80 Abs. 4 Schulgesetz eine Ausgleichsleistung in gleichen Jahresraten an die Verbandsgemeinden bzw. Stadt Bad Kreuznach. Für das bewegliche Schulvermögen erstattet der Landkreis den Verbandsgemeinden und der Stadt Bad Kreuznach die Restbuchwerte abzüglich möglicher Zuschüsse Dritter zum 31.12.2010 in 10 gleichen Jahresraten. Die Ausgleichszahlungen wurden erstmalig in der vorliegenden Haushaltsplanung 2011 berücksichtigt (Gesamtsumme 2011 : rd. 200.000 €).

Die Übernahme der o.g. Schulen führt – über die o.g. rd. 1,6 Mio. € für 2010 hinaus - zu einer weiteren zusätzlichen Belastung des Kreishaushaltes 2011 von rd. 2,974 Mio. €, was 2,62 % Kreisumlage 2011 entspricht.

Kreisumlage 2011 :

Der Entwurf des Haushaltes 2011 zeigt, dass die Schere zwischen Ausgabenverpflichtungen und Einnahmen noch stärker als in den Vorjahren auseinander klafft.

Ein Prozentpunkt Kreisumlage entspricht im Jahr 2011 umgerechnet 1.133.498 € (2010 = 1.174.207 €).

Bei einem unveränderten Kreisumlage-Hebesatz von 41,38 % würde der Kreis im Jahr 2011 rd. 1,634 Mio. € weniger an Kreisumlage einnehmen als im Jahr 2010.

Durch die **Entwicklung im schulischen Bereich** - mit den damit einhergehenden oben dargestellten zusätzlichen Mehrbelastungen von **rd. 2,974 Mio. €** alleine für das Jahr 2011 - und durch die Verminderung der Kreisumlage-Grundlagen (= rd. 1,634 Mio. €) wird der Kreis Bad Kreuznach im Haushaltsjahr 2011 zusammen mit **rd. 4,6 Mio. €** mehr belastet als 2010. **Dies entspricht umgerechnet 4,07 % Kreisumlage.**

Im Interesse der Weiterentwicklung unseres Landkreises sind auch in Zukunft erhebliche Investitionen notwendig (z. B. Bau, Ausstattung und Sanierung von Schulen, Kindertagesstättenbau, Kreisstraßenbau, Brand- und Katastrophenschutz, Hochwasserschutz, etc.). Diese sind nur durch die

Aufnahme neuer Darlehen möglich, die von der Kommunalaufsicht (ADD) zu genehmigen sind.

Das Haushaltsgespräch mit der Kommunalaufsicht der ADD am 19.11.2010 hat ergeben, dass die ADD davon ausgeht, dass der Landkreis Bad Kreuznach angesichts der extrem hochdefizitären Haushaltslage sowohl die Mehrbelastung durch die Schulstrukturreform als auch die Mindereinnahmen durch die Verringerung der Umlagegrundlagen durch Anhebung des Kreisumlagehebesatzes ausgleicht.

Bereits für den Haushalt 2010 hatte die ADD vorgeschlagen, den Kreisumlagehebesatz auf 43,0 € anzuheben.

Die ADD Trier hat deshalb für den Haushalt 2011 vorgeschlagen, den Hebesatz um 4,62 % von 41,38 % auf 46,00 % zu erhöhen. Dies würde eine Mehreinnahme iHv. rd. 5,24 Mio. € bedeuten.

Die objektive Interessenlage des Landkreises und unsere Entwicklungsziele gebieten, im notwendigen Maße Investitionen zu tätigen und "darlehensfähig" zu bleiben. Dies wird nur gelingen, wenn der Kreistag einen weiteren Beitrag dazu leistet, die Unterfinanzierung unseres Haushaltes zumindest abzumildern, was leider nur durch die Anhebung der Kreisumlage möglich ist.

Eine Erhöhung der Kreisumlage um 2,624 % (= zur Kompensation der zusätzlichen Mehrbelastungen 2011 durch die Übernahme der o.g. Schulen) würde eine Mehreinnahme iHv. rd. 2,97 Mio. € bedeuten.

Eine Erhöhung der Kreisumlage um 1,442 % (= zur Kompensation Mindereinnahmen bei der Kreisumlage) würde eine Mehreinnahme iHv. rd. 1,63 Mio. € bedeuten.

Deshalb hatte die Verwaltung dem Kreisausschuss zur Kompensation der zusätzlichen Mehrbelastung durch die Schulstrukturreform und zur Kompensation der Mindereinnahmen durch die Verringerung der Umlagegrundlagen eine Erhöhung der Kreisumlage um insgesamt 4,07 % von 41,38 % auf 45,45 % vorgeschlagen.

Bei einer Kreisumlage von 45,45 % würde der o.g. Jahresfehlbedarf 2011 von rd.- 29,9 Mio. € auf rd. - 25,3 Mio. € sinken (Defizit 2010 = rd. - 22,9 Mio. €).

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 22.11.2010 den Beschluss gefasst, dem Kreistag eine Erhöhung der Kreisumlage um 2,624 % (= zur Kompensation der zusätzlichen Mehrbelastungen 2011 durch die Übernahme der o.g. Schulen) vorzuschlagen (dies würde eine Mehreinnahme iHv. rd. 2,97 Mio. € bedeuten). Bei einer Kreisumlage von 44,00 % würde der o.g. Jahresfehlbedarf 2011 von rd.- 29,9 Mio. € auf rd. - 26,9 Mio. € sinken (Defizit 2010 = rd. - 22,9 Mio. €).

Übersicht :

finanzielle Auswirkung des Kreisumlagehebesatzes auf das Haushaltsdefizit 2011 :

Prozentsatz Kreisumlage 2011	Einnahme Kreisumlage 2011 €	Bemerkung	Defizit 2011 €
41,38%	46.904.104	unveränderter Prozentsatz gegenüber 2010	29.919.890
44,00%	49.873.890	Kompensation zusätzlicher Mehraufwand Realschulen plus 2010/ 2011 = Empfehlungsbeschluss des Kreisausschusses	26.950.000
45,00%	51.007.428		25.816.566
45,45%	51.517.502	Kompensation Mehraufwand Realschulen plus 2010/ 2011 und Verschlechterung Umlagegrundlagen = Vorschlag der Verwaltung	25.306.492
46,00%	52.140.926	Vorschlag ADD Trier	24.683.068

TOP 8 Entscheidung über die Trägervereinbarung zu Bildung und Betrieb der gemeinsamen Einrichtung Jobcenter Bad Kreuznach

Landrat Diel übergibt das Wort an den 1. Kreisbeigeordneten.

Herr Nies gibt einleitend bekannt, dass sich nach dem Versenden der Einladung zu diesem Thema Änderungen ergaben. Es könne zum heutigen Zeitpunkt hierüber noch keine Entscheidung getroffen werden. Er teilt mit, dass sich bereits auf eine Vereinbarung geeinigt wurde, dies allerdings von Seiten der Bundesagentur für Arbeit einer Abstimmung bedarf, bevor die Thematik im Kreistag vorgestellt werden kann. Aus diesem Grund handele es sich in der heutigen Sitzung nur um eine Information über den Sachstand der Umsetzung zur Bildung eines Jobcenters in Bad Kreuznach.

Weiter erläutert er die Inhalte der der Mitgliedern übersandten Informationsvorlage.

Der konkrete Vertrag soll endverhandelt in den nächsten Sitzungen des Kreisausschusses und Kreistages zur Entscheidung vorgelegt werden.

Das Jobcenter nimmt an Stelle der ARGE ab dem 01.01.2011 die Arbeit auf, wie es das Sozialgesetzbuch (SGB) II vorsieht.

Zum Abschluss bedankt sich Herr Nies bei den Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitsagentur und der Geschäftsführung der ARGE, sowie bei den Mitarbeiter/innen der Kreisverwaltung für die geleistete Arbeit.

Wortmeldung des Herrn Nuphaus, Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Nuphaus möchte wissen, ob mit der Veränderung der ARGE bezüglich der Einrichtungsgegenstände oder der räumlichen Entflechtung für den Landkreis Kosten verbunden sind.

Herr Nies erläutert, dass dies, wie in der Vergangenheit, bei Aufgabenwahrnehmung bzw. Aufgabenübertragung in einem Dienstleistungsverhältnis gezahlt wird. Es seien jedoch 12,6% als Kommunal-Finanzausgleich festgeschrieben.

neu TOP 9 Verabschiedung einer Resolution der SPD-Kreistagsfraktion vom 13.12.2010, eingegangen am 14.12.2010; Verlagerungspläne bezüglich der Produktion der Firma Delphi in Langenlonsheim

Der Vorsitzende informiert über die am 14.12.2010 eingegangene Resolution der CDU-Kreistagsfraktion.

Wortmeldung des Herrn Hippert, CDU-Kreistagsfraktion:

Herr Hippert ist der Auffassung, dass die letzten Abschnitte (ab „Der Kreistag begrüßt deshalb, dass sich...“) der Resolution gestrichen werden sollten. Die restlichen Passagen trägt die CDU-Fraktion jedoch mit.

Wortmeldung des Herrn Pörksen, SPD-Kreistagsfraktion:

Herr Pörksen möchte mit der Resolution erreichen, dass sich sowohl das Land als auch der Bund um die Situation kümmern. Er sei mit der von Herrn Hippert geforderten Änderung einverstanden, es müsse aber deutlich gemacht werden, dass sich das Land und der Bund dieser Angelegenheit annehmen sollen.

Wortmeldung der Frau Morsblech, FDP-Kreistagsfraktion:

Frau Morsblech bittet darum, das Wort „fordert“ durch „appelliert“ in der Überschrift der Resolution abzuändern, da es sich um eine unternehmerische Entscheidung handele, schließlich binde eine Bürgschaft die Firma rechtlich nicht, die Arbeitsplätze in der Region aufrechtzuerhalten.

Es sei selbstverständlich, dass die Bürgenden in dieser Angelegenheit verhandeln.

Wortmeldung der Frau Huppert-Pilarski, FDP-Kreistagsfraktion:

Frau Huppert-Pilarski spricht die gute Infrastruktur und die gut ausgebildeten Menschen in der Region, die auch der Firma Delphi zugutekamen, an. Sie schlägt vor, diese Themen in der Resolution zu erwähnen, schließlich sei dies die Basis der guten Arbeit in den letzten Jahren gewesen.

Wortmeldung des Herrn Pörksen, SPD-Kreistagsfraktion:

Aus Sicht des Herrn Pörksen müsse der Firma Delphi die Infrastruktur nicht erläutert werden. Es ginge darum, dass die Länder und der Bund eine Bürgschaft in einem riesigen Umfang gewährt haben, um das Überleben der Firma zu sichern, diese aber die staatliche Unterstützung dafür nutzt, die Produktion aus Deutschland zu verlagern.

Der Kreistag appelliert an die Firma Delphi **einstimmig**, die Verlagerungspläne bezüglich der Produktion auch aus dem Werk Langenlonsheim nach Mexiko nicht weiterzuverfolgen.

Der endgültige Wortlaut der Resolution liegt der Niederschrift in **Anlage 3** bei.

neu TOP 10 Öffentliche Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine öffentliche Mitteilungen oder noch zu beantwortende Anfragen vor.

II. Nichtöffentliche Sitzung

Der Vorsitzende schließt um 18.50 Uhr die Sitzung des Kreistages.

Er wünscht den Mitgliedern ein frohes, gesegnetes Weihnachtsfest, sowie Gesundheit und Zufriedenheit für das neue Jahr.

Nachdem der entsprechende Umbau im Saal erfolgt ist, lädt der Landrat die Anwesenden zu einem gemeinsamen Abendessen mit anschließendem gemütlichen Beisammensein ein.

Landrat

Schriftführer

Anmerkung der Verwaltung:

Das Erstellen der Niederschrift erfolgt gem. § 29 Geschäftsordnung.